

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreifundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 7. Mai 1932

Nummer 37

Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung

Am Vormittag des 4. Mai ging beim Verbandsvorstand nachstehende beglaubigte Abschrift der Entscheidung des Reichsarbeitsministers über den Antrag des Deutschen Buchdrucker-Vereins auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts des Zentral-Schiedsgerichtsamtes für den Deutschen Buchdrucker-Tarif vom 16. April d. J. ein:

Der Reichsarbeitsminister Berlin, den 3. Mai 1932
IIIb 6156/32

Betrifft: Schiedsgericht vom 16. April 1932 im Manteltarifstreit für das deutsche Buchdruckergewerbe.

In dem Manteltarifstreit
zwischen
dem Deutschen Buchdrucker-Verein e. V.
und
dem Verband der Deutschen Buchdrucker,
dem Gutenbergbund

wird die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts vom 16. April 1932, der von dem gemäß § 29 des Deutschen Buchdrucker-Tarifs gebildeten Zentral-Schiedsgerichtsamt gefaßt worden ist, gemäß Artikel 1 § 6 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923 abgelehnt.

In Auftrag
gez. Dr. Sieger

Stempel

Beglaubigt:

Erste
Ministerial-Kanzleisekretär.

Der Reichsarbeitsminister hat mit dieser negativen Entscheidung recht gehandelt. Dem deutschen Buchdruckergewerbe wurde dadurch schwerer Schaden erspart, der unermesslich geworden wäre, wenn dieser ungerechte und einseitige Schiedsgerichtsbescheid durch ein staatspolitisches Entscheidungsverfahren zum Zwangstarif für unser Gewerbe erklärt worden wäre.

Die damit gleichzeitig verbundene Erledigung des Schiedsgerichts für die Hilfsarbeiterschaft vom 19. April kann die Richtigkeit und Gerechtigkeit dieser Entscheidung des Reichsarbeitsministers nicht im geringsten erschüttern. Denn der Schiedsgerichtsbescheid für die Hilfsarbeiter war in materieller Hinsicht nicht minder belastend; er hat darüber hinaus noch die Vertreter der Hilfsarbeiterorganisationen durch indirekte Verzerrung mit einem „Schuß“ ihrer bisherigen zentralen Lohnregelung in eine geradezu peinliche Zwangslage gedrängt, die ihnen die Annahme des Schiedsgerichts zwangsläufig als das wesentlich kleinere Übel erscheinen lassen mußte. Wir fühlen uns daher verpflichtet, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es in dieser Frage keinerlei ernsthafte Meinungsverschiedenheit zwischen Vertretern und Mitgliedern der Hilfs- und Hilfsarbeiterorganisationen gibt. Denn wenn auch möglicherweise in einem Teil der Unternehmerkreise mit dem Gedanken gespielt werden sollte, daß nunmehr eine gewisse tarifliche Vorgehensfreiheit gegeben sei und sich Gesülte regional sollten, entweder unseren Kollegen oder dem Hilfspersonal gegenüber hinsichtlich der weiteren Aufrechterhaltung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen da oder dort aus der Reihe zu tanzen, daß dann weder die Hilfs- noch die Hilfsarbeiterschaft derartige willkürliche „Auslockerungen“ unerwidert lassen würden.

Nach der nunmehr erfolgten definitiven Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung sind also gegenwärtig weder Mantel- noch Lohnstarif im Buchdruckergewerbe vorhanden. Wohl aber gilt für jeden Einzelarbeitsvertrag die allgemeinerrechtliche Nachwirkung insofern, daß der Inhalt der bisherigen tariflichen Arbeits- und Lohnbedingungen für jeden Hilfs- und Hilfsarbeiter oder jede Hilfsarbeiterin mit der üblichen Kündigungsfrist unverändert weiter gilt, und zwar nach den Paragraphen 305 und 611 des Bürgerlichen Gesetzbuches, § 305 BGB, begründet

Bestand und Abschluß eines Vertrags für alle Schuldverhältnisse und § 611 die Pflicht zur Dienstleistung und Gewährung der vertraglich vereinbarten Vergütung. Die „Zeitschrift“ bringt in ihrer Nr. 36 vom 3. Mai in einem kurzen Artikel „Zur tarifrechtlichen Lage“ diese Auffassung ebenfalls zum Ausdruck, indem sie folgendes veröffentlicht:

Obwohl die bisherigen Manteltarife mit dem 30. April abgelaufen sind, entsteht keinesfalls ein Zustand, der frei von arbeitsrechtlichen Bindungen ist. Vielmehr laufen nach dem geltenden Arbeitsrecht die alten tariflichen Bestimmungen als Inhalt der Einzelarbeitsverträge zunächst weiter (sogenannte Nachwirkung des Tarifs).

Ob nun die Unternehmer neue Verhandlungen mit den Verbandsvorständen anbahnen oder ein neues Schlichtungsverfahren betreiben werden, bleibt abzuwarten. Sehr zweifelhaft ist zunächst auch, ob der Reichsarbeitsminister zu einem neuen Schlichtungsverfahren einen Schlichter von Amis wegen stellen wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er auch in dieser Richtung davon Abstand nehmen wird, den Unternehmern die Verantwortung für die Wiederherstellung einer tariflichen Grundlage abzunehmen. Wozu noch zu verzeihen wäre, daß der Verhandlungsführer im bisherigen tariflichen Zentral-Schiedsgerichtsamt, Professor Dr. Braun, infolge der ablehnenden Beurteilung des Schiedsgerichts vom 16. April in der Presse heider Tarifparteien seine Schlichtertätigkeit im Zentral-Schiedsgerichtsamt nach schriftlicher Mitteilung an die Tarifparteien niedergelegt hat.

Die jetzt vorhandene Sachlage erfordert daher die schärfste Aufmerksamkeit aller Kollegen, Betriebsvertretungen und Organisationsinstanzen. Vor jeder anderen Maßnahme ist unbedingt abzuwarten, ob auf Unternehmerseite irgendwelche Versuche unternommen werden, den Dingen eine andere Richtung zu geben, sei es durch Erstrebung örtlicher oder betrieblicher Vereinbarungen über den nicht mehr bestehenden Schiedsgerichtsbescheid, oder ob man mit Kündigungen unter Angebot neuer Arbeitsverträge mit dem Inhalt der Schiedsgerichtsbescheide vorgehen beabsichtigt. In allen solchen Fällen wäre jede Verhandlung strikte abzulehnen und nur auf die Zentralinstanzen aller Verbände zu verweisen. Betriebliche Abmachungen haben unter allen Umständen zu unterbleiben!

Verbands- und Gewerkschaften müssen sich in allen weiteren Stadien der gegenwärtigen Situation auf einmütiges Vertrauen der gesamten Kollegenschaft stützen können. Jedes eigenmächtige Vorgehen oder Durchkreuzen unserer gewerkschaftlichen Geschlossenheit durch einzelne Mitgliedschaften, Sparten oder Personale ist unbedingt zu vermeiden. Nur unerschütterliche Geschlossenheit kann und wird uns über die kritische Gegenwart ohne überflüssige Verluste oder Nachteile hinweg und sicher auch wieder erträglicheren Zeiten entgegenführen!

In letzter Stunde können wir noch mitteilen, daß der Deutsche Buchdrucker-Verein Vertreter der Organisationsvorstände der Hilfsarbeiterschaft zu einer unverbindlichen Besprechung über die gegenwärtige Situation in den späten Nachmittagsstunden am 4. Mai eingeladen hat. Diese Besprechung führte zu dem Ergebnis, daß für Dienstag, den 10. Mai, neue Verhandlungen der Vertragsparteien des Buchdrucker-Tarifs vereinbart wurden. Im Anschluß an diese Verhandlungen über den deutschen Buchdrucker-Tarif sollen dann Verhandlungen mit den Vertretern der Hilfsarbeiterverbände über den Reichstarif des Buchdrucker-Hilfspersonals stattfinden.

Verdunstene Milliarden*

Seit drei Jahren wird die Welt fast von Woche zu Woche ärmer. Auf Milliardenhöhe haben sich in allen Ländern die Kapitalverluste getürmt. Besonders die Verluste über die Börse. Aber die Börsenverluste sind es nicht allein. Allenthalben wird Kapital durch die Krise eingeschmolzen.

Amerika steht natürlich wie immer an der Spitze. Dort liebt man die Statistik sehr. Besondere Büros rechnen dort auch regelmäßig aus, was sämtliche Börsenwerte zu den jeweiligen Kurzen wert sind. Aus der Zunahme und Abnahme dieser Ziffern werden Gewinne und Verluste des Volkswertens abgeleitet. Seit fast drei Jahren beinahe ausschließlich Verluste. Ihre Summe hat längst die Grenze von hundert Milliarden überschritten.

In Europa ist man bescheidener. Auch wendet man hier kein Geld für eine solche Statistik auf. Es braucht auch keine Statistik, um festzustellen, daß in jedem Lande von einiger Bedeutung viele, viele Milliarden von Kapital nicht mehr da sind, die vor einigen Jahren noch da waren.

Wohin sind die Milliarden verschwunden? Muß sie nicht irgendwohin haben? Es gilt vielerorts als Grundgesetz, daß jedem Verlust von Kapital bei dem einen ein gleicher Gewinn bei einem andern gegenüberstehe. Das Grundgesetz von der Ewigkeit der Materie oder von der Erhaltung der Kraft auf das Kapital angewendet.

Die Anwendung geht aber fehl. Sie geht besonders dort fehl, wo es sich um Aktien handelt. Bei allen Kapitalforderungen könnte man noch sagen, daß der Schuldner um den Betrag entlastet wird, den der Gläubiger einbüßt. In der Regel kann man das aber auch nicht als Gewinn des Schuldners bezeichnen. Er ist doch pleite.

Wenn man die Frage stellt: Wohin sind die Milliarden verschwunden?, so muß man vorher noch die Frage stellen: Wo sind die Milliarden hergekommen? Es gab eine Zeit, wo sie noch nicht vorhanden waren. Man braucht sich nur an die amerikanische Statistik zu halten. Dort sind sie von etwa 1921 bis 1929 fast Woche für Woche langsam angewachsen, wie sie seitdem in allerdings schnellerem Tempo geschwunden sind. Nur das Vorzeichen hat sich umgekehrt, nicht die Methode.

Wollte man das Geseh von der Erhaltung der Energie auf das Kapital, das Börsenkapital besonders, anwenden, so müßte dieses Kapital auch immer vorhanden gewesen sein, könnte nicht erst entstanden sein. Man läßt sich wohl gern den Zuwachs von Kapital gefallen und fragt nicht lange, woher er gekommen ist. Wenn das Kapital aber schwindet, möchte man gern wissen, warum, wieso und wohin es verschwunden ist.

Das Börsenkapital ist genau so verschwunden, wie es vorher entstanden war. Es führt eine Sonderexistenz in der Volkswirtschaft, besteht wesentlich aus Phantasie. Weil diese Phantasie allgemeinen oder doch wenigstens sehr weit verbreiteten Glauben findet, so kann sie sich gewissermaßen auch materialisieren. Das sind dann die Verbindungsstellen, die Übergangsstellen. Aber sie flieht das Kapital von der Börse in die Wirtschaft und umgekehrt.

Diese Phantasie, Vertrauen oder Mißtrauen, Optimismus oder Pessimismus, bläst die Kurse auf oder quetscht sie zusammen. Nicht aus heiler Haut und nicht aus purer Willkür, sondern im Zusammenhang mit der allgemeinen Wirtschaft. Nicht immer nur voraussetzend, wie die Börse sich gern das Barometer der Wirtschaft nennt. Oft auch nachhinkend. Die Krugereger Werte galten immer noch Hunderte Millionen an der Börse, als sie längst nur noch bedrucktes Papier waren. Aber es war nicht allgemein bekannt. Man glaubte allgemein an den Wert.

Aus Erfahrung und Glauben sehen sich die Börsenwerte zusammen. Aus der Erfahrung, daß man den Werten Glauben schenkt. Und aus dem Glauben, daß diese Erfahrung sich dauernd bestätigen wird. Es ist mit den Börsenwerten so wie mit den Gesetzen. Die Gesetze werden gehalten, weil jeder glaubt, daß er sie halten muß, weil er sieht, daß die andern sie halten. Es ist immer gefährlich, nicht mit der Majorität zu gehen, zumal wenn sie so groß ist.

Die Börsenwerte werden auch nur bezahlt, weil jeder glaubt, daß sie es wert sind, weil er sieht, daß andre sie bezahlen. Was hat man denn schon, wenn man eine Aktie kauft? In den meisten Fällen nur ein Stück Papier, auf dem eine Bank erklärt, daß man Anspruch auf ein andres Stück Papier, die Aktie, habe. Man verläßt sich darauf.

* Aus „Wacht am Abend“. Aktuelle Wirtschaftskorrespondenz von Dr. Hermann Jäger in Schaam (Vordiensteil). Baltic Verlag und Verwaltungsvergesellschaft m. B. G. in Schaam; Bezugpreis 6 M. halbjährlich, erhebt wochentlich.

daß die Aktie vorhanden ist, weiß die Erfahrung zeigt, daß sie meistens vorhanden ist. In mehr als 99 Proz. der Fälle. Wenn man aber auch die Aktie selbst, wirklich in seinen Händen hält, was hat man dann? Doch auch nur ein Stück Papier, an sich nahezu wertlos, d. h. ohne nennenswerten Gebrauchswert. Sondern auch nur wieder die Bescheinigung eines Anspruchs auf irgendwelche Leistungen. Und zwar auf sehr fernliegende und recht verlauserte Leistungen. Diese Leistungen treten überhaupt nur mit einem Bruchteil in wirkliche Erscheinung. Nämlich insofern, als dem einen Stück Papier, der Aktie, ein andres Stückchen Papier, der Dividendenschein, anzuhängen pflegt. Auch der Dividendenschein hat aber keinen Gebrauchswert. Sondern im günstigen Falle bescheinigt er eines Tages einen Anspruch. Und wieder nur einen Anspruch auf ein andres Stück Papier, solange wir keine effektive Goldwährung haben. Dieses weitere Stück Papier, der Geldschein, bescheinigt auch wieder nur einen Anspruch, und formell sogar einen recht fragwürdigen.

Aber immerhin kann über ihn der Käufer der Aktie in den Besitz wirklicher Gegenstände zum Gebrauch oder Verbrauch, in den Genuß wirklicher Werte gelangen. Aber auch nur, weil alle Welt Ware gegen Papiergeld tauscht. Weil alle Welt nach der Erfahrung glaubt, auch wieder Papiergeld gegen Ware tauschen zu können. Weil diese Erfahrung in mehr als 99 Proz. der Fälle sich bestätigt hat. Nicht anders als mit Aktien ist es mit andern Wertpapieren, mögen sie heißen, wie sie wollen. Sie haben ihren Wert nur durch die Erfahrung, daß man über sie zu wirklichen Werten gelangen kann. Und durch den Glauben, daß diese Erfahrung sich wieder bestätigen wird. Daß vor allem auch der Kaufverbot der Wertpapiere bleiben wird.

Die Börsenwerte sind Phantasie und beruhen auf der stillschweigenden Übereinkunft eines sehr großen Kreises von Menschen, an ihre Existenz zu glauben, als ob sie Realitäten wären. Nur dieser allgemein oder wenigstens weit verbreitete Glaube gibt ihnen eine gewisse Wirklichkeit und veranlaßt zum Laufen wirklicher Werte, etwa Waren oder Grundstücke, gegen Papiere, gegen bloße Bescheinigungen über mehr oder minder konkrete Ansprüche.

Die Börsenwerte gewinnen eine scheinbare Realität auch durch die Eintragungen in die Bücher der Banken. Aber dort stehen nur Zahlen auf Papier, und diesen Zahlen gibt nur der allgemeine Glaube, daß sie etwas zu bedeuten haben, eine Bedeutung. Hier bestehen aber weitere Verbindungsstellen, Übergangsstellen zur Volkswirtschaft. Deren realer Kreislauf kann angeregt oder gehemmt werden durch das Steigen und das Fallen der Börsenkurse. Die Banken erhöhen die Kredite zur Eröffnung oder Erweiterung von Betrieben, wenn die Ziffern der Effektendeckung steigen. Sie zwingen durch Kündigung zur Stilllegung, wenn sie fallen. Das sind nur einige Punkte aus dem komplizierten Mechanismus der modernen Wirtschaft. Die Abhängigkeiten von Gläubigern und Kredit in ihrer Handlungsfähigkeit sind unermesslich groß. Man glaubt nicht mehr an sie. Deshalb sind sie nicht mehr da. Kein ordentlicher Kaufmann wagt mehr, sie in seine Bücher einzutragen. Er darf es gar nicht, da auch der Gesetzgeber der Suggestion von der Realität der Börsenwerte erlegen ist. Die Milliarden waren da, solange man an sie glaubte. Sie sind mit dem Glauben entstanden und mit dem Glauben verschwunden.

Aber schließlich haben doch auch Glauben und Mißtrauen ihren Grund gehabt, mindestens ihren Anlaß? Gewiß! Der erste in der Beobachtung eines steigenden Güterumsatzes mit wachsenden Gewinnziffern für das Kapital. Das zweite in der Beobachtung einer Verminderung dieses Umsatzes und beginnender Verluste für das Kapital. Das sei hier nur kurz angedeutet. Wie es dazu wieder kam, ist ein umfangreiches Kapitel für sich. In der Wirtschaft greift immer Masche in Masche. Und diese Maschen scheinen sogar flüssig zu sein. So schwer lassen sie sich fassen. Sogar in Worte.

Noch zwei Beispiele für die Irrealität der Börsenwerte und ihre nur lose und indirekte Beziehung zum Volkswertmögen: Wenn eine Anleihe mit 100 Proz. ausgegeben und bei voller Zinszahlung nach vierzig Jahren tatsächlich mit 100 Proz. eingelöst wird, so hat sie immer ihren vollen Kapitalwert gehabt. Die gleiche Anleihe kann aber zeitweise im Börsenwert auf 50 Proz. und darunter sinken, wenn entweder der Geldmarkt sich ändert oder Mißtrauen gegen die Zahlung der Zinsen und des Kapitals entsteht. Die Statistik würde zeitweise ein Verschwinden von 50 Proz. des Kapitals und vielleicht sogar des Volkswertmögens feststellen.

Oder eine Aktiengesellschaft verändert jahrgehntelang ihren Bestand nicht. Sondern die Geschäfte gehen einmal besser und dann wieder schlechter. In den ersten zehn Jahren werden 10 Proz. Dividende verteilt, der Kurs mag auf 200 Proz. stehen, der gesamte Börsenwert 20 Mill. Mark ausmachen. Dann gehen drei Jahre die Geschäfte schlecht, es gibt keine Dividende. Krisenzeiten drücken deshalb und aus allgemeinen Gründen den Kurs auf 50 Proz. Der gesamte Börsenwert ist nur noch ein Viertel der 20 Mill. Mark. Dann setzt die alte Rentabilität wieder ein und auch die alte Bewertung. War das Volkswertmögen wirklich in den drei Jahren um 15 Mill. Mark geringer? Bei gleichem Bestand an Anlagen, Maschinen, Waren usw.? Diese sind doch das Volkswertmögen, nicht der Börsenwert. Fünfhundert Millionen Kapital waren verschwunden und sind wiedergekommen. Warum, wohin und woher? Alles nur in der Phantasie.

Solche Beispiele stehen sich noch zu Dutzenden anführen, aus der Haufe und aus der Baufe. Sie würden nur immer wieder zeigen, daß die Börsenwerte der Kapitalansprüche nicht das Volkswertmögen repräsentieren. Daß sie eine Sonderexistenz führen, viel mehr abhängig von Furcht und

Hoffnung, von Mißtrauen und Glauben als von Realitäten. Wobei man die technische Lage des Marktes der Börse innerhalb der Volkswirtschaft als die wichtigste Realität anzusehen hat. Doch das wäre auch wieder ein großes Kapitel für sich.

So werden also die verschwundenen Milliarden wiederkehren? Aus dem Reich der Phantasie wieder in die Bankbücher einziehen, wenn auch nur wieder als Phantasie? Aber doch wenigstens eine greifbare Phantasie? Diese Frage hängt zu eng mit der Frage nach der Zukunft des Kapitalismus überhaupt zusammen, als daß man sie heute beantworten könnte.

Das Spiel der auftauchenden und verschwindenden Milliarden hat sich im Wechsel der Konjunkturen und Krisen schon oft wiederholt. Aber der Kapitalismus hat keinen Anspruch auf ewige Dauer, und gerade diese schwerste Krise kann seine letzte sein. Er wird nicht mit einem Knall in die Luft fliegen, sondern sich totlaufen. Deshalb kann wenigstens etwas von den verschwundenen Milliarden auch noch einmal zurückkehren.

„Reparationsjohannisismus“?

Die Nationalsozialisten wissen zwar, daß das sogenannte Reparationsproblem nicht einfach so zu lösen war, wie sie es urteilsunfähigen, gutgläubigen Volksgenossen vorreden. Es ist nichts als dumme Kerei, zu behaupten, es wäre nur nötig gewesen, zu erklären: „Wir haben nichts und wir zahlen nichts.“ Heute ist die gesamte Weltwirtschaft aus ihrem alten Gefüge geraten, und überall sieht man sich unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber. Es ist zwar nun auch die Erklärung dieses Zustandes nicht so einfach, wie es sich die nationalsozialistische Volkserhebung macht. Aber ohne Frage rührt das wirtschaftliche Durcheinander aus ihrem alten Geßel daher, daß von Deutschland etwas gefordert und erpreßt wurde, was wirtschaftlich unmöglich war. Darüber herrscht heute eigentlich nur noch eine Stimme in der Welt. Die Franzosen müssen ja zwar einstweilen noch veruchen, im alten Fahrwasser der Gewalttätigkeit und Unwirklichkeit weiterzufahren. Dort wurde das Volk zu sehr belogen und verpreßt, um jetzt unvermittelt die volle Wahrheit der Dinge ertragen zu können. Auch dieses Volk hat seinen krankhaften Internationalismus, wenn er auch an die Blindheit und Weltfremdheit ihres Nazismus nicht heranreicht.

Es ist selbstverständlich lediglich eine heizerische Niedertracht, wenn im Nazilager von einem „Reparationsjohannisismus“ der deutschen Regierungsparteien gesprochen wird. Danach sollen also verantwortliche Regierungs- und Volksvortreter aus Lust am Quälen dem eignen Volk die furchtbaren Reparationsopfer aufgebürdet haben. Wahrfahrig: die Erbärmlichkeit hat wohl kaum jemals solche Organe gezeigert, wie man sie bei deutschen Faschisten feststellen kann. Der Weg, dem die deutsche Politik gegangen sind, die, von Mut hatten, größte Verantwortung auf sich zu nehmen und schwierigste Aufgaben zu lösen, war feurig wie niemals früher. Zum Nörgeln und Beneiden finden sich in solchen Zeiten leicht übergenug Handhaben. Aber es ist das Gegenteil von Nationalismus und Volkszweundschaft, die Lage durch schmuggige Hezereien, die von Unwahrheiten förmlich triefen, noch ganz bedeutend zu erschweren und zu verschlimmern. Wenn die Menschheit heute so Schweres leiden muß, dann ist dafür viel eher die Lebensauffassung verantwortlich zu machen, die im Nazismus den Kern bildet neben dem vielen Widerfönnigen, als die fortschrittlichere soziale und demokratische Lebensauffassung. Aber die Zeitergebnisse lassen sich niemals ganz in eine klare Formel fassen. Es ist Duldsamkeit und Beträglichkeit nötig, wenn richtige Wege der Entwicklung gefunden und gegangen werden sollen. In den Grundfragen des Nazismus — eigentlich ist der Ausdruck unangebracht, weil es so etwas gar nicht gibt — wird aber die Unzulässigkeit zum Geßel des Handelns erhoben. Man will jedenfalls mit Absicht und Überlegung unzulässig und gewalttätig vorgehen, wenn man die Macht erobert hat. Aber diese Einstellung der Naziführer muß notwendig aufgeföhrt werden.

Die herrschende Auffassung ist bis jetzt so gewesen: „Wer den Krieg verliert, muß ihn bezahlen.“ Diese Auffassung stammt lediglich aus Kreisen, wie sie der Nazismus in der Hauptsache in seiner Organisation zusammenfaßt. Die politische Rinte ist entschieden gegen diese Auffassung. Sie hat auch jetzt Kriegsende nichts, aber auch nicht das geringste unterlassen, das zu betonen und in Fall des reinen Weltkriegs zu beweisen, daß sich dieser alte Grundlag großer wirtschaftstechnischer schon gar nicht verwirklichten ließe. Sogenannte Friedensverträge sind bisher stets in der Hauptsache Akte der Gewalt, nicht des Rechts gewesen. Es ist deshalb falsch, der Kriegsschuldfrage die große Bedeutung beizumessen, die ihr der deutsche Internationalismus beimißt. Der Versailles Friedensvertrag ist gar nicht so etwas wie ein „Rechtsirrtum“, der nur möglich war, weil seine Voraussetzung die Kriegsschuldfrage war. Dieser Vertrag ist seinem inneren Wesen nach nicht einmal ein richtiger „Vertrag“. Nur der Form nach. Deutschland war nach Schluß des Ausbürgerungskrieges in einer so bedrängten Notlage, daß gar keine Wahl vorhanden war, dem rücksichtslosen Gewaltakt des Friedensvertrags zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Selbstverständlich wissen das alle halbwegs urteilsfähigen Nazisten auch.

Es wäre nun auch noch so manches über den vom deutschen Internationalismus mindestens sehr stark mitverschuldeten Aufreißerdruck der Franzosen zu sagen. Es würde zu weit führen. Aber das sei gesagt: Der Großkapitalismus hat den dadurch zur Katastrophe getriebenen Währungsverfall gar nicht ungern gesehen. Ungesähnte Milliarden Goldmark Schulden wurden dadurch abge-

schüttelt. Die ungeheuer große Rechnung sowohl des Krieges als auch der Inflation haben die kleinstbürgerlichen und Proletarierkreise bezahlen müssen. Daß es so kommen würde, stand für die aufgeregten Volksteile von vornherein fest. Niemals ging ein Krieg anders zu Ende. Es ist durchaus unmöglich, den Vertretern der arbeitenden Klasse vorzuwerfen, es bereite ihnen Freude, dem Volk Reparationslasten aufzubürden. Das Volk sind in diesem Fall lediglich selbst, eingeschlossen natürlich die Kreise, deren Vertrauen sie haben, wenn sie ein Vertreteramt übernehmen. Das sittliche Empfinden müßte sich ja bis zum äußersten empören, wenn die Friedfertigen, die niemals Kriege wollen und auch stets nur dadurch in Not und Elend geraten, allein die Kriegsolgen tragen sollten. Leider ist es tatsächlich so in der kapitalistisch regierten Welt. Die Nationalisten und Kapitalisten gehen gewöhnlich einträchtig Arm in Arm und wissen mit allerhand Mitteln der List und der Gewalt aus Kriegen ein einträgliches Geschäft zu machen. Allerdings kann man auch den Bogen der bedeutungslosen Gewinnier schließlich doch überspannen, so daß er zerbricht. Und dieser Zustand ist in der Welt, ist besonders in Deutschland jetzt allmählich eingetreten. Das kann vor sittlich heilsamer Wirkung sein. Es ist aber leider zu befürchten, daß die unselbige Nazibewegung diese gute Wirkung verhindert. Sie lenkt den Blick von den „Schuldigen“ ab auf Unschuldige. Sie schreit unablässig mit äußerster Lungentraft: „Salzt den Dieb!“ Gleichzeitig schließt sie ihn sorgfältig. Er steht ja in der Mitte der Nazimasse. Wir erleben heute die Massenorganisation der Heuchelei. Aber innerhalb der Heuchelei sind sehr viel Arglose und Gutgläubige, die das ganze böse Getriebe nicht durchschauen, auch gar nicht durchschauen können, weil dazu schon eine sichere eigene Welt- und Lebens- und Menschenkenntnis gehört.

Wenn auch die Menschheit heute aus Not und Verzweiflung heraus leichter zu folgenfähigeren Unfinnigkeiten zu verführen ist, darf man doch nicht an dem besseren und vernünftigeren Kern in ihr irren werden. Nach langen opferreichen und folgenlosen Kriegen feierten schon öfter Trümmer und Verzweiflung wahre Regionen der Unvernunft. Die Menschheit sucht und braucht einen rettenden Anker und verliert dabei die nächsterne Überlegung. So verfallt sie vorübergehend leicht Wahnbildern.

Nationalsozialistischer Widerfönn

Die Nationalsozialisten wollen die Gemetschenschaften erobern, um sie zu vernichten. Es ist eitel Lüge und Verstellung, wenn von dieser beständig Zwietschraft, Haß und Mißtrauen fäudend Partei so getan wird, als wolle man das Wohl des arbeitenden Volkes. Es ist ein kaum zu fassendes starkes Stück von Heuchelei, wenn sich diese Partei „sozialistische deutsche Arbeiterpartei“ nennt. „Sozial.“ ist die Hölle unter keinen Umständen auch nur im allergeringsten, „national.“ und „deutsch.“ ist sie ebenfalls nicht in dem Sinne, wie es eine reifere Kultur voraussetzt, und eine Arbeiterpartei ist sie schließlich am allerwenigsten. Sie ist vielmehr eine ausgesprochene Partei gegen die Arbeiter. Wenn jemals Worte dazu mißbraucht worden sind, Gedanken und Taten dazu zu verbergen, dann ist es bestimmt noch niemals in toller Weise geschehen, als jetzt bei der nationalsozialistischen Volksaufhebung.

Die ahnungslose, vertrauenssetzige Jugend besonders war es, die sich von der nationalen Phrasen beraufschien und irreföhren ließ. Jugend will den Blick in helle, lichte Weiten werfen, will Ziele sehen, nach denen vorzudringen es der Mühe lohnt; Jugend braucht mehr noch als das Alter einen festen Glauben an die bessere Zukunft. Das alles hat der Nazismus wohl erkannt und gewissenlos auszunutzen verstanden. Der verhängnisvolle Friede von Versailles und die ihm folgenden Verträge, bauten dem deutschen Volk eine schwarze, drohende Wolkenwand vor die Zukunft. Geschlechter, die erst später ins Dasein treten, sollten schon im voraus mit Schuld und Bürde belastet werden. Hier liegt der Keim der Giftpflanze, „Nationalsozialismus“ genannt. Es war von vornherein klar, daß aus böser Tat nur böse Folgen entspringen konnten. Nicht ungefragt kann Vernunft und Menschlichkeit mit Föhren getreten werden. Die Natur verlangt Freiheit für die einzelnen Menschen und für die einzelnen Völkern und daneben Lebensnahrung und den Lebenspielraum. Dafür ließ der Vertrag von Versailles aber den mit der Waffe der Ausbürgerung endlich Besiegten keine Möglichkeiten. Darum konnten allerortste rabidale Sinnlosigkeiten so föhrtlich ins Kraut schießen. Wäre es anders, Adolf Hitler müßte wirklich ein ganz Besonderer sein, eine Art Messias für das Volk. Er ist es aber wirklich in keiner Hinsicht. Im Gegenteil, er ist ein „falscher Prophet“, wie sie von Zeit zu Zeit auftauchen. Unruhige, verworrne, trostlose, harte Zeiten sind solchen „Bewegungen“ immer besonders günstig. Daß Deutschland in solche trostlose Zeiten hineingeraten ist, ist aber auf die hemmenden, rückföhrtlich eingestellten Kräfte der Vorkriegszeit zurückzuführen, auf die auto-kritischen und den übertriebene betonten Weßgedanken, auf all das Selbstüberhebliche und Klassenbetonte, was der Nazismus wieder neu beleben, in verstärktem Maße sogar neu beleben will. Wenn man heute zurückföhrt, kann man leicht überzeugend deutlich beweisen, daß der Nationalismus und Konservatismus außerordentlich verhängnisvoll gewirkt haben. Eine Staatsverfassung, die den Herrscher-gedanken mit dem Gottesgandemum der „höheren Erleuchtung“ verquidete, verfallmerte die stets sehr geföhrensführigere Lage ganz bedeutend. Der Nazismus dreht nur frech den Spieß um und macht den demokratischen und republikanischen Gedanken für alles Unheil der Gegenwart verantwortlich.

Für den Reichstag sind bei der letzten Wahl 107 Nationalsozialisten gewählt worden. Es sind ganze 7 Arbeiter oder Arbeitervertreter darunter und wenig mehr Angestellte und mittlere Beamte. Im großen und ganzen besteht die nationalsozialistische sogenannte „Arbeiter“partei aus Großgrundbesitzern, Großfabrikanten, Großkaufleuten, pensionierten höheren Offizieren, höheren Beamten, Rechtsanwältinnen, Ärzten und sonstigen Angehörigen der freien Berufe. Wissen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die dem Treiblich Hitlers nachlaufen, nichts von der mehr als merkwürdigen Tatsache einer solchen Parteizusammensetzung? Oder meinen sie, daß diese Leute aus ihrer Haut des Klassegeistes und der Standesüberhebung herauskommen? All diese Leute müssen aus ihrem klassebetonten Selbsterhaltungstrieb heraus wünschen, daß alle, überwundene Zustände und Auffassungen wieder aus der Besetzung emporkriechen. Und das kann niemals dem Allgemeinwohl und Staatswohl förderlich sein. Die notwendige, naturgewollte Entwicklung geht ganz fraglos einen genau entgegengesetzten Weg, nämlich den von der Einzel- und Klasseherrschaft fort zur demokratischen Gemeinheitsbestimmung. Zwar hat der demokratische Gedanke vorläufig noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es sind gewissermaßen Kinderkrankheiten durchzumachen. Aber Unterdrückte, Zurückgesetzte, Benachteiligte, Bedürftige, Ausreißer können auf keine andre Art und Weise aus ihrer oft recht futurunwürdigen Lage herauskommen, als mit den Mitteln der Demokratie. Darüber ist kein Streit möglich. Wer, wie die Hitlerleute, etwas andres behauptet, ist eben kein Freund, sondern ein Feind der Arbeiter. Es ist doch eine kaum fahbare Zumutung, Arbeiter dazu überreden zu wollen, ihr Wohl und Wehe einem pommerischen Junker, einem Eschloßbaron oder einem Großkaufmann anzuvertrauen. Und doch ist dieses Unfassbare Tatsache geworden. Es ist besühmend für die Arbeiter. Allzulange wird ja aber dieser Volksbetrug nicht anhalten können. Es muß doch bald die bessere Einsicht bei den Arbeitern durchdringen.

Es ist natürlich wieder auf Täuschung und Zerschöpfung berechnet, wenn Hitler in seinem bekannten Buch „Mein Kampf“ von nationalsozialistischen Gewerkschaften spricht. Der Name „Gewerkschaften“ ist für die beschäftigten Gebilde gar nicht am Platze. Die hitlerischen Betrachtungen über Gewerkschaften klingen so aus: „Wie kommen wir zu nationalsozialistischen Gewerkschaften, die sich durchdringen fühlen von ihrer weltanschaulichen Aufgabe und der aus dieser geborenen Verpflichtung zur Unabwiesbarkeit gegen andre ähnliche oder gar feindliche Gebilde und zur Betonung der ausschließlichen Notwendigkeit des eignen Tuns? Es gibt auch hier kein Sicherverständigen und keinen Kompromiß mit verwandten Betreibungen, sondern nur die Aufrechterhaltung des absoluten alleinigen Rechts.“

Man höre noch einmal „mein“ Hitler: „Verpflichtung zur Unabwiesbarkeit“ und „Aufrechterhaltung des absoluten alleinigen Rechts“. Es gibt, auch hier kein Sicherverständigen, es gibt nur ein rücksichtsloses Betonen „des eignen Tuns“. Ist das nicht eine Sprache der Zeit des tollsten, grauhaftesten Absolutismus und Feudalismus? Der sittlich empfindende Mensch und auch der Befenner des Christentums fühlt sich zur Duldsamkeit und zum Ausgleich der Gegenseite verpflichtet, und er weiß, daß es kein „absolutes, alleiniges Recht“ geben kann, daß eben derartig geformtes Recht zu Unrecht den Namen „Recht“ führt, daß es Unrecht und Gewalt ist. Finsterstes Mittelstuck will wieder aufleben.

Und dafür soll in erster Linie die Jugend mißbraucht werden. Sie ist ja am ahnungslosesten und vertrauensvollsten. Es ist Pflicht und Aufgabe aller, die in diesen harten Zeiten ruhig und besonnen bleiben, zu befähigen und aufzuklären, wo es nur irgend möglich ist. Ap.



Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Franz Klauenitz in Berlin
Eingetreten: 8. Mai 1882
Seit Invalide



Karl König in Reichendau i. Sa.
Eingetreten: 8. Mai 1882
Seit Invalide



Betrachtungen!

Die bei der verflochtenen Tarifberatung für das Buchdruckergewerbe erfolgte „Rechtssprechung“ durch die Schlichter gehört nunmehr der Geschichte an. Die Buchdrucker sind eine „Rasse für sich“. Mit der ihm eignen großen Hingabe und Liebe zu seinem Beruf wird der Buchdrucker wohl kaum von einem Angehörigen irgendeines Standes übertroufen und darf deshalb als vollwertiger Qualitätsarbeiter und Staatsbürger eingestuft werden.

Wie ist es nun mit der praktischen Auswertung? Das heutige Berufsleben in den Arbeitsstätten mit den raffiniert ausgestatteten Spezialmaschinen, mit den dauernden „Schneidmaschinen“, mit dem ganzen „Dram“ und „Dran“ des Arbeitsprozesses erfordert, um sich selbst treu zu bleiben, die größte Hingabe zum Beruf. Bei dem Buchdrucker werden die weitestgehenden Kenntnisse vorausgesetzt, aber es ist es, das man in der Arbeit zu sehen bekommt, die in der Buchdruckerei zu finden ist. In der Buchdruckerei ist der Buchdrucker ein Mensch, der sich dem Beruf hingibt, der sich dem Beruf hingibt, der sich dem Beruf hingibt.

Notgedrungen müßte, bei dem immer weniger ausreichenden „Futtermangel“, eine Lohnforderung sich geltend machen; war es doch gleichzeitig der Schrei des gepönten, beleidigten Fachmannes, dessen selbstloses Verhalten stets auf den allgemeinen Fortschritt gerichtet war.

Anschaffungen an Wäsche, Kleidung usw. gehören heute fast ins Reich der Sage. Hat man glücklich einmal einen Taler auf die Seite gebracht, dann klingelt es schon eines Tages an der Gastür und — der Taler ist futsch.

Hoffen wir, daß der Reichstag es fertig bringt, die gar nicht mehr den heutigen Zeitverhältnissen angepaßten „Rechtssprechungen“ in andre Bahnen zu lenken. Als Unterlage wäre den Gesetzgebern zu empfehlen, sich über das „Minimum“ eines staatlich angestellten „Rechtssprechers“ sowie über dasjenige der Buchdrucker einige Gedanken zu machen. W. R. (Heilbronn).

Das Genossenschaftswesen

Konsumverein der Konsumvereine

Man nennt in Deutschland die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GGK.) ganz zutreffenderweise den „Konsumverein der Konsumvereine“. Zutreffend deshalb, weil die Gesellschafter der GGK. nur Konsumgenossenschaften sind und die GGK. nur Konsumgenossenschaften beliefer. Eine volkswirtschaftlich und organisatorisch außerordentlich wichtige Tatsache, die einen starken Gegensatz unterglied gegenüber dem privatwirtschaftlichen Großhandel und seiner Einzelhandelswirtschaft bildet. Denn in der GGK., dem konsumgenossenschaftlichen Großhandelsunternehmen, bestimmen die Mitglieder, d. h. die Konsumgenossenschaften als Einzelabnehmer durch die Generalversammlung über die großen geschäftlichen Dispositionen, über die Geschäftsergebnisse usw. und entscheiden über Betriebserweiterungen, Neuanlagen usw. — kurz und gut: Großeinkaufsgesellschaft und Konsumgenossenschaft sind eins, was für die Preisbildung und Verteilung des Geschäftsergebnisses entscheidend ist. Planwirtschaft in rationellster Form. Denn im privaten Groß- und Einzelhandel stehen die Interessen gegeneinander und der Einzelhandel hat nicht den geringsten Einfluß auf die Geschäftsabwicklung des Großhandels, sondern ist mehr oder weniger abhängig von dessen Dispositionen, insbesondere, wenn es sich um Handelsyndikate handelt, wo „Industrieartell“ und „Handelsyndikat“ das System der „gebundenen Preise“ beherrschen, wogegen der Einzelhandel absolet nicht antommen kann.

Von dieser kurzen Begriffsbestimmung aus, die die große volkswirtschaftliche Bedeutung des konsumgenossenschaftlichen Großhandels charakterisiert, gewinnen die Zahlen ihre besondere Größe, welche das Jahrbuch 1930 des englischen Genossenschaftsverbandes enthält. Nicht viel mehr als 1200 Konsumgenossenschaften mit 6,4 Millionen Mitgliederfamilien geben der englischen Volkswirtschaft das Gepräge. Und man kann geradezu von einer genossenschaftlichen Eroberung Großbritanniens sprechen, wenn man beachtet, daß bei einer Gesamtzahl von 11 Millionen Familien nicht weniger als 6,4 Millionen der genossenschaftlichen Warenverorgung angeschlossen sind und mit rund 5 Milliarden Mark Jahresumsatz die Preisbildung auf weitaus Gebieten die englische Wirtschaft beeinflussen.

Dieses große genossenschaftliche Wirtschaftsgebiet wird von nur drei Großeinkaufsgesellschaften mit Waren aller Art, insbesondere auch aus eigener Produktion von nahezu 100 Fabrikunternehmen beliefert, der private Großhandel ist ausgegliedert. Und so wird die Tatsache erklärlich, daß das älteste Industrie- und Handelsland der Welt bedeutend weniger Industrie- und Handelskonglomerate besitzt als Deutschland, das 50 Jahre später als England in den Kampf um die internationalen Wirtschaftsmärkte trat. Mit welchen Stimmen der konsumgenossenschaftliche Großhandel Englands arbeitet und rechnet; zeigt das Geschäftsergebnis der drei Großeinkaufsgesellschaften im Jahre 1930. Das Anteils- und Leihkapital der Mitglieder betrug 1,54 Milliarden Mark, der Großhandelsumsatz 2,1 Milliarden Mark, Löhne und Gehälter 139,4 Mill. M., der Ertrag 45,1 Mill. M., das heißt nicht ganz 3 Proz. des Betriebskapitals. Woraus sich ergibt, daß die englischen Großeinkaufsgesellschaften mit dem geringsten Aufwande arbeiten, um ihre Mitglieder — Konsumgenossenschaften — in den Stand zu setzen, jeder Konkurrenz gegenüber den Markt zu behaupten.

Im übrigen scheint doch auch in Großbritannien die seit dem Jahre 1922 andauernde Arbeitslosigkeit, deren heutiges Ausmaß verhältnismäßig nicht viel geringer ist als in Deutschland, ihre Wirkung zu zeigen, denn der Durchschnittsumsatz pro Mitgliederfamilie, welcher in Vorkriegszeit immer mit 900 bis 1000 M. gemeldet

Buchdruckergewerbe und politische Wahlen

Es ist eine seßhafte Tatsache, daß politische Wahlen zu einer Belebung des graphischen Gewerbes beitragen. So gab z. B. die Hauptleistung der Deutschnationalen Partei bei einer der letzten Reichstagswahlen mehr als 500 verschiedene Flug- und Streifschriften in zum Teil sehr hohen Auflagen heraus. Die Wahlkosten der Deutschnationalen betragen damals über 5 Mill. M. Auch die übrigen großen politischen Parteien geben regelmäßig erhebliche Summen für den Wahlkampf aus. Die Sozialdemokraten wandten, um ihre Kandidaten durchzubringen, im Jahre 1928 fast ebensoviel Reichsmark auf, wie die Deutschnationalen damals es taten. Die Kommunisten legten zur selben Zeit 4 Mill. M. an, und die Deutsche Volkspartei fast ebenso viel, nämlich 3,75 Mill. M. Die Demokratische Partei lief sich bei den damals mit außerordentlicher Heftigkeit geführten Wahlkampf rund 2 Mill. M. und das allmächtige Zentrum nur 1,75 Mill. M. Kosten. Diese ungeheuren Wahlausgaben der einzelnen Parteien wurden auf Grund von Angaben aus verschiedenen Parteigeschäftsstellen durch erfahrene Parlamentarier insgesamt geschätzt. Zu den obengenannten Millionenbeträgen müssen noch die Wahlkosten der kleineren Parteien und der Splitterparteien sowie die Summen, die Staat, Land und Gemeinde für den Wahlapparat und die Durchführung des Wahlvorganges aufwenden müssen, hinzugezählt werden. Um eine politische Wahl im Reich ordnungsgemäß durchzuführen, sind über 40 Millionen Stimmzettel mit den dazu gehörigen Briefumschlägen notwendig. Es dürften diejenigen wohl recht behalten, die behaupten, jede politische Wahl koste dem deutschen Volk direkt und indirekt rund 40 Mill. M. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß von dieser Summe mindestens zwei Drittel auf die Herstellung

von Drucksachen entfallen. In erster Linie sind die Papierfabrikanten und -großhändler und in zweiter Linie das Buchgewerbe (Druckereien und Buchbindereien) daran beteiligt. Leistungen der einzelnen Parteien erfolgen ja immer noch hauptsächlich durch die Druckerschwärze. Viel Ansehen jedoch genießen Wahlstrundfächer nicht; wenig beachtet und kaum gesehen, flattern sie meistens auf den Boden, um dort zertrütert zu werden.

Wie wir oben gesehen haben, bringen politische Wahlen mit ihrem Kampf der Meinungen auch dem Buchgewerbe Arbeit und Beschäftigung, so daß dieser und jener Arbeitslose — wenn auch leider nur vorübergehend — wieder in den Gang des Produktionsprozesses eingegliedert werden kann. Im Wahlkampf werden Plakate, Flugblätter, Handzettel, Stimmzettel und ähnliche Drucksachen um die Gunst der Wähler bis zu den Wählern der äußersten rechten Flügelpartei. Die Höhe der Druckaufträge, die anlässlich der Wahlen verteilt werden, läßt sich in den meisten Fällen nicht genau angeben. Jedoch können die Aufträge, die einzelnen graphischen Betrieben bei den Wahlen zuzuflehen, mitunter ganz beträchtlich sein. So druckte z. B. im Jahre 1924 eine einzige Druckerei in Leipzig allein 85 Wahlflugblätter verschiedener Art in einer Auflage, die in die Hunderttausende ging. Hochkonjunktur durch die Wahlen haben in der Hauptsache die Papierfabriken. So stellte sich z. B. in den letzten Wochen vor der Reichstagswahl 1928 in Berlin ein fühlbarer Mangel von Plakatpapier (in der üblichen Form von etwa 100 x 150 cm) ein. Die Plakate an den rund anderthalbtausend Anschlagtafeln, die Groß-Berlin damals aufwies, waren bereits Wochen vorher für Plakatplakate ausverkauft, d. h. von den Parteien belegt. Nach der überaus heftigen Reichstagswahlwahl 1924 wurden u. a. in Berlin von der dortigen Straßenreinigung riesige Mengen an Flugblättern und

anderen Wahlstrundfächen aufgesen. Diese aus dem Straßenreinigungszusammengesetzten Papiermengen füllten 25 Eisenbahnwagen und wurden als Einkaufspapier für 7500 M. an Papierfabriken verkauft. Bei dem Volksentscheid über die entschädigungslose Enteignung der deutschen Fiskus im Jahre 1926 wurde nach dem Geschäftsbericht einer der damals stark beteiligten großen Parteien die planmäßige anmutende Gesamtaufgabe von über 100 Millionen Stück an Druckschriften unter das Volk gebracht. An Flugblättern wurden damals 72,5 Millionen und an Handzetteln 12 Millionen verteilt. 3,5 Millionen Plakate wurden angeschlagen. Ferner dienten 6 Millionen Broschüren zur Aufklärung in bezug auf Entschädigungsfragen. Außerdem gingen noch 14 Millionen anderer Drucksachen zu dem gleichen Zweck hinaus. Es sind, wofern gemerkt, Angaben nur einer einzigen Partei! Eine gewisse Großzügigkeit wurde bei den letzten Reichstags- und auch Landtagswahlen im Bestellen von Wahlstrundfächen von einigen Parteigruppen, Wahlausschüssen, Splitterparteien und ähnlichen politischen Gebilden an den Tag gelegt. Es gab bei der letzten Reichstagswahl über zwei Duzend verschiedene Parteien und Parteigruppen! Ein trübes Bild bot sich jedoch nach Beendigung der Wahlen, wie es an das Bestehen der Wahlstrundfächen gehen sollte. Es blieben allerhand gerichtliche Klagen gegen Wahlausschüsse, Ortsgruppen von Parteien und sonstige Aktionsgruppen auf Bezugung von Druckschriften mit dem Erfolg übrig, daß der klagende Buchdrucker und Buchbinder noch die Gerichtskosten begleichen durften. Die Parteikassen waren leer; Parteibezirke waren nicht vorhanden; die persönliche Haftung des Wahlkandidaten, für den in den Drucksachen gearbeitet wurde, kam nicht in Frage und — der Buchdrucker hatte das Nachsehen. Für letzteren können nicht nur finanzielle Verluste bei der Herstellung von Wahlstrund-

war, ist in den beiden letzten Jahren auf 703,51 und 670 M. gefallen. Er ist aber immer noch doppelt so groß als bei den deutschen Konsumgenossenschaften, wo die Senkung der Kaufkraft in ganz unheilvoller Weise mit der Gesamtwirtschaft auch die Entwicklung der Konsumgenossenschaften und ihrer Großverkaufsgesellschaft benachteiligt.

Ein entscheidender Grund mehr, die Warenverteilung in den Formen des Konsumgenossenschaftlichen Groß- und Einzelhandels zu rationalisieren, das heißt eine Planwirtschaft einzurichten, die keine Staatswirtschaft, sondern Volkswirtschaft im richtig verstandenen Sinne sein soll.

Konsumgenossenschaften und Kreuzerkonzern

Der Freitod des Zündholzkönigs Ivar Kreuzer ruft finanzpolitische Erinnerungen wach, die eine praktische Demonstration für die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit der Konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion enthalten. Als die Reichsregierung im Jahre 1930 die Monopolanleihe des Kreuzerkonzerns in Höhe von 500 Mill. M. lebensnotwendig brauchte und die deutsche private Zündholzindustrie, die der schwedischen Konkurrenz zu erliegen drohte, in allen Tonarten nach dem Zündholzmonopol geradezu wimmerte, wurde unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Reichsfinanzministers Dr. Hilsberg der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die weitere Produktion in ihren beiden genossenschaftlichen Zündholzfabriken mit einem Kontingent von 30 000 Kisten pro Jahr gestanden. Das Zentrum sicherte der „Gepag“ (Großverkaufsgesellschaft) des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine ebenfalls ein entsprechendes Produktionskontingent, obwohl dieselbe eine eigene Fabrik noch gar nicht besaß (!). Ivar Kreuzer insbesondere hatte gegen die genossenschaftliche Zündholzproduktion keine Einwände erhoben, was wohl damit erklärt werden kann, daß in Schweden die Konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion sowohl bei den politischen Parteien, wie in der Privatwirtschaft ein großes Ansehen besitzt und nicht so spießbürgerlich träumerhaft beurteilt wird wie in Deutschland.

Aber ein dickes Ende kam nach. Die Spitzenorganisationen des Handels, deren Vertretung im Reichstag die Nationalsozialistische Wirtschaftspartei, die Nationalsozialisten und Deutschnationalen bildeten, ließen mit Eingaben Sturm, und die genannten Parteien drohten mit der Ablehnung des Monopols bzw. der Ausschaltung der genossenschaftlichen Zündholzproduktion, sofern diese nicht einer Sonderbelastung unterworfen werden würde. Was im Interesse des Handels geschah, der bestürzten mußte, daß die Genossenschaftsware um 5 Pf. pro Paket billiger verkauft werden könnte, wodurch ihm ein großer Schaden, wenn auch den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften ein entsprechender Nutzen entstehen würde. Und so wurde für die Zündholzproduktion der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine Abgabe von 60 M. pro Kontingentskiste festgelegt, während der internationale Kreuzerkonzern eine Abgabe von netto 2,50 M., also 38,50 M. weniger pro Kiste zu leisten hat! Diese wirtschaftspolitische und steuerliche Ungerechtigkeit belastet also die Mitglieder der Konsumgenossenschaften Jahr für Jahr um 1 155 000 M. mehr, als der internationale Kreuzerkonzern an Reichsabgabe für das gleiche Produktionsquantum zu zahlen hat. Und die Wirtschaftspartei samt den Nationalsozialisten bezogenen bei der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten im Reichstag diese Art Ausnahmesteuerung als „unerträgliche Sonderstellung und steuerliche Bevorzugung“ der Konsumgenossenschaften aus-

suchen entstehen, sondern auch Unannehmlichkeiten anderer Art. Da der Drucker auf die Druckmaschinen keine Firma anzufragen hat, kann es vorkommen, daß er letzten Endes für den Inhalt des Textes irgendeines mitgliedrigen Wahlauftrags mitverantwortlich gemacht wird. Erfahrungsgemäß nehmen in Zeiten politischer Hochspannung die geistigen Väter von Parteiflugblättern recht häufig bei der Textabfassung von Wahlauftrügen es mit der Wahrheit nicht allzu genau.

Mögen die jetzt verkauften Wahlen einen Wendepunkt zu glücklichem Aufstieg unseres deutschen Vaterlandes bedeuten und damit auch unsern unter allerlei Vätern und Arbeitslosigkeit schwer leuzenden graphischen Betrieben den Weg zu geschäftlichen Erfolgen ebnen. In anderen Ländern wirken sich die Wahlkämpfe in finanzieller Beziehung für das dortige Gewerbe bedeutend günstiger aus, als bei uns. So ergiebt sich im Ausland ein viel gewaltigerer Strom von Druckchriften über den Wähler. In England z. B. geht fast die gesamte Flut von Wahlauftrügen und Wahldruckungen den Wählern durch die Post zu. Nach einem Gesetz aus dem Jahre 1918 hat nämlich jeder zum Parlament aufgestellte Kandidat das Recht, alle auf seine Wahl bezügliche Druckungen während der Wahlzeit portofrei mit der Post zu versenden. Im letzten großen Wahlkampf, der 1924 in Großbritannien stattfand, wurde von dieser Vergünstigung fleißig Gebrauch gemacht, wie aus der amtlichen Statistik über die bei den britischen Postämtern ausgegebenen Wahlsonden der Parlamentskandidaten hervorgeht. Es handelte sich hierbei um eine in Millionen gehende Anzahl Drucksendungen, die von der Post kostenlos den Adressaten damals zugeleitet wurde.

geschrien, obgleich das Gegenteil der Fall war. Nebenbei stellte sich im Lauf der Jahre 1930/31 heraus, daß das Genossenschaftsfabrikat bei geschlechtlich vorgeschriebenen gleichen Preisen und wesentlicher Höherbelastung der Genossenschaftsproduktion mit der Reichsabgabe qualitativ besser war als die Monopolstreifhölzer. Voraus sich eine praktische Demonstration für die Konsumgenossenschaften ergab, deren Mitglieder sich den „Fall“ insbesondere auch für die Wahlen merken müssen.

Die Schweizerischen Konsumgenossenschaften

Die Konsumereinebewegung der Schweiz gehört zu den solidesten organisierten der ganzen Welt. Keine Überfälligungen auf irgendeinem Gebiet, dem Volkscharakter entsprechende gemächliche, aber beharrliche Entwicklung, die vor Rückschlägen gesichert ist. Eine Tatsache, die in der gegenwärtigen Zeitperiode selbstverständlich ihre Begründung darin findet, daß die Schweiz von den Schicksalsschlägen des Weltkrieges verschont geblieben ist und die deshalb weber von Wirtschaftskrisen, noch Finanz- oder Währungsstößen etwas kennt. Höchstens von der Seite eines enormen ausländischen Geldzuflusses, der den Schweizer Banken gestattet, ihren Auslandskunden, unter denen wohl die Deutschen dominieren, mitzuteilen, daß Bankentlagen nur noch mit 2 oder gar 0 Proz. Zinsen angenommen werden, wenn nicht gar eine Depotvergitung gefordert wird.

Bei einem Bevölkerungsstand von 3,8 Millionen Menschen sind in 528 Konsumgenossenschaften, die dem Verband Schweizerischer Konsumvereine angeschlossen sind, 370 000 Haushaltungen von der Konsumgenossenschaftlichen Warenversorgung erfasst, das heißt etwa 40 Proz. der Gesamtbevölkerung. Diese Tatsache fällt um so schwerer ins Gewicht, als die landwirtschaftliche Bevölkerung 28 Proz. der Gesamtheit umfaßt, welche stark in ländlichen Genossenschaften organisiert ist. Woraus sich ohne weiteres eine umfangreiche geschäftliche Verbindung zwischen Stadt und Land ergibt (Milch- und Käseerzeugnisse).

Die 528 Konsumvereine mit 2300 Verteilungsstellen lassen eine starke Dezentralisation erkennen, die ebenfalls dem Volkscharakter angepaßt erscheint. Konzentration zeigen wohl die sogenannten Zweckgenossenschaften des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine, aber bei den Einzelgenossenschaften scheint das Eigenleben bevorzugt. Man braucht, um dies zu erkennen, nur zu beachten, daß es im nahegelegenen Württemberg mit einer fast ähnlchen wirtschaftlichen Struktur und einer Gesamtbewertung von 2,6 Millionen nur 57 Konsumgenossenschaften mit rund 800 Verteilungsstellen gibt, denen aber 212 000 Haushaltungen angeschlossen sind.

Der Jahresumsatz der Schweizerischen Konsumgenossenschaften belief sich für 1931 auf rund 300 Mill. Fr. (etwa 245 Mill. M.), etwa 800 Fr. (etwa 650 M.) je Mitgliedfamilie. Das württembergische Beispiel zeigt im Vergleich einen Jahresumsatz von nur 71 Mill. M. mit einem Durchschnitt von 347 M. je Mitgliedfamilie. Woraus sich ergibt, daß die Konsumgenossenschaften der Schweiz eine wesentlich härtere wirtschaftliche Erfüllung ihrer Mitglieder verzeichnen können als die württembergischen, die in der deutschen Konsumgenossenschaftlichen Bewegung auch nicht an letzter Stelle stehen. Selbstverständlich sind auch hierbei die trostlosen Wirtschaftsverhältnisse zu berücksichtigen, die durch Arbeitslosigkeit, Gefalts- und Lohnabbau sich jeder Aufwärtsbewegung hemmend in den Weg stellen. Wobei Württemberg noch zu den weniger schwer betroffenen Ländern der deutschen Republik zählt.

Die Zentrale für die Schweizerischen Konsumgenossenschaften bildet der Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK.) mit dem Sitz in Basel, wo eine weltbekannte Konsumtenorganisation Arbeiter und Bauer, Handwerker, Angestellte und Beamte umfaßt. Der VSK., der für die angeschlossenen Konsumgenossenschaften die Groß-einkaufs- und Produktionszentrale bildet, hatte im Jahre 1931 einen Umsatz von rund 167 Mill. Fr. (etwa 134 Mill. M.) zu verzeichnen, was ungefähr 55 Proz. des Gesamtumsatzes der Verbandsgenossenschaften entspricht und dem Konsumgenossenschaftlichen Großhandels- und Produktionsunternehmen einen starken Wirkungsgrad verleiht.

Außer dem Verband und seinen Einzelgenossenschaften bestehen noch sieben Zweckgenossenschaften der Schweizerischen Bewegung, und zwar: eine genossenschaftliche Zentralbank, eine Mühlengenossenschaft, ein genossenschaftliches Seminar, eine Genossenschaft für Möbelvermittlung, eine Versicherungsanstalt, eine Genossenschaft für Eigengehaltsbesitz. Alles zusammen bildet die Schweizerische Konsumgenossenschaftsbewegung, die auch für deutsche Verhältnisse interessante und wichtige Entwicklungserfahrungen aufweist. Sie zeigt vor allem, welche Entwicklungsmöglichkeiten für die Konsumgenossenschaften vorhanden sind, wenn — politischer und wirtschaftlicher Frieden im Lande ist.

Korrespondenzen

Breslau. Am 24. April fand hier eine Bezirksvorsteherkonferenz statt, um den Bericht über die Mantelstariferhandlungen vom Kollegen Feige entgegenzunehmen und sich mit der Lage zu befassen. In seinem eingehenden Bericht streifte der Gauvorsteher zunächst die Anträge der Unternehmer, die alles bisher Dagewesene in Schatten stellen und ein Verbandsamt fast zur Unmöglichkeit machen. Die mehrmals abgedrohten und wieder aufgenommenen Verhandlungen beweisen deutlich, wie stark die Unternehmer auf ihrem Standpunkt

beharren und welche Hoffnung sie auf die Schlichter setzen. Eigenartig berührte die Verammelten die Tatsache, daß derselbe Spruch, der von den Gehilfen abgelehnt wurde, von den Hilfsarbeitern angenommen wurde. In der Aussprache kam von allen Rednern einmütig die Auffassung zum Ausdruck, daß es nun aber genug sei und der letzte Moment gekommen ist, um den Unternehmern zu sagen: Bis hierher und nicht weiter! Die Organisation muß sich auf sich selbst besinnen. Das Schlichtungswesen ist ein ungeheurer Hemmschuh für uns, aber trotzdem gibt es Möglichkeiten, um gegen diese Zwangsschiedsprüche anzukämpfen. Die uns bereits angebotene weitere Verschlechterung durch die Wertzigtundenwoche, die doch bestimmt neue finanzielle Belastungen für die Kollegenschaft bringt, wird die gesamte Kollegenschaft auf den Plan rufen. Zu bedenken ist dabei, daß durch die fortgesetzte Entkommensminderung der arbeitenden Kollegen eine Senkung der Beiträge akut wird, die den Verbandsvorstand zwingen dürfte, die Unterhaltungsätze erneut herabzusetzen und dadurch die ohnehin schon färglichen Unterhaltungen der erwerbslosen Kollegen noch mehr zu beschneiden. Die Bezirksvorsteher können es fast nicht mehr verantworten, vor die Kollegenschaft hinzutreten, um ihr alle diese Verschlechterungen klar zu machen. Es ist heute wieder so, daß die gesamte Arbeiterschaft auf die Buchdrucker sieht und von ihnen erwartet, daß sie sich als Pioniere betätigen und endlich mit diesem System brechen. Es wurde von der Konferenz beschlossen, an den Reichsarbeitsminister ein Telegramm zu senden, in dem eindringlich vor Verbindlichkeitszerstörung des gefällten Schiedspruchs gewarnt wurde. Gleichzeitig wurde beschlossen, dem Verbandsvorstand in einem Schreiben von der Stimmung im Gau Kenntnis zu geben und ihn auf die Möglichkeiten, die nach Auffassung der Bezirksvorsteherkonferenz als Kampfmaßnahmen bestehen, hinzuweisen. Nach Erledigung verschiedener organisatorischer Fragen wurde die Konferenz, die seit 10 Uhr tagte, um 5 1/2 Uhr geschlossen.

O. R. Steffin. Zum Sonntag, dem 24. April, hatte der Vorstand des Obergau die Bezirksvorsteher zu einer Konferenz nach Berlin eingeladen. Die Tagesordnung lautete: „Bericht über die Mantelstarifer und Lohnverhandlungen. Verbands-, Gau- und Lehrlingsangelegenheiten. Verschiedenes.“ Der Einladung waren sämtliche Bezirksvorsteher und sechs Bezirksstärker gefolgt. Als Gast war der Gauleiter des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes Franz Stichert (Stettin) anwesend. Der Gauvorstand war vollständig erschienen. Gauvorsteher Gu t a v a R e i n e r eröffnete die Konferenz mit beglückenden Worten an die Erschienenen und ging nach Erledigung des geschäftlichen Teiles zum Hauptteil: „Bericht über die Mantelstariferhandlungen“, über. In gut durchdachtem Referat schilderte er eingehend den Verhandlungsgang. Die Anträge der Prinzipale waren leider derartig rigoros, daß an ein Verbandsamt nicht zu denken war. Die Begründung der Anträge der Prinzipalität war sehr oberflächlich, dafür aber so demagogischer. Der VSK. hatte sich aus dem Rheinland einen neuen Symbiosen vertrieben, der zwar herzlich wenig von unserm Tarif versteht; dafür aber um so wortreicher die ziemlich unglückliche Situation der Unternehmer zu retten sucht. Das Verlangen der Gehilfen, diejeniger Anträge der Unternehmer, die eine wesentliche Verschlechterung der materiellen Lage der Gehilfenhaft mit sich bringen, zurückziehen, wurde von den Prinzipalen schon zurückgewiesen, und damit war eine weitere Verhandlungsmöglichkeit nicht gegeben. Die Verhandlungen wurden darauf bis zum 20. März vertagt. Das von den Prinzipalen angerufene Zentral-Schlichtungsgamt trat am 30. März dann unter Vorsitz des Herrn Professor Bruhn zusammen. Die dort geführten Verhandlungen waren ebenfalls ergebnislos. Sie endeten nach dreitägigen ersten Verhandlungen, nachdem unsere Anträge zurückgezogen und Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum 31. März 1933 beantragt war, am 2. April mit Vertagung des Entscheids bis zum 16. April. Wenn wir bis dahin noch auf Berücksichtigung unserer berechtigten Anträge: „Verlängerung des Mantelstarifs und Verkürzung der Arbeitszeit“, im Interesse unserer arbeitslosen Kollegen gehofft hatten, wurden wir am 16. April durch den einseitig zuqundnen der Prinzipale gefällten Schiedspruch bitter enttäuscht. Letzterer wurde von den Organisationsvorständen in völliger Übereinstimmung mit den Gau- und Kreisleitungen abgelehnt, während die Prinzipale den Schiedspruch annehmen. Die große Frage wurde jetzt, ob das Reichsarbeitsministerium zur Verbindlichkeitszerstörung des Schiedspruchs schreiten würde. Bei dieser Gelegenheit teilte Kollege Reine noch mit, daß die Vertreter der Buchdruckerhilfsarbeiterorganisationen einen ihren Reichsrat betreffenden Schiedspruch vom 19. April, der die von den Gehilfenorganisationen abgelehnten strittigen Punkte über Arbeitszeit, Überstundenbezahlung, Urlaubsentlohnung usw. enthält, angenommen haben, während die Prinzipale diesen Schiedspruch für den Bereich des Hilfsarbeitertarifs ablehnten. Des weiteren teilte der Referent die Vertagung der Lohnverhandlungen bis zum 30. April 1932 mit. In der eingehenden Aussprache, an der fast alle Konferenzteilnehmer beteiligten, kam einmütig zum Ausdruck, daß die Annahme eines derartigen Schiedspruchs vollständig unmöglich sei und der Verbandsvorstand alles einsehen mußte, eine Verbindlichkeitszerstörung abzuwenden. Es wurde betont, daß eine Arbeitszeitverkürzung nur dann Sinn und Zweck hat, wenn dadurch Arbeitslose von der Straße kommen. Die Konferenz stand einmütig auf dem Standpunkt, daß die von der jetzigen Reichsregierung unter Duldung der Spitzenverbände betriebene Politik über Lohn und Arbeitsbedingungen auf keinen Fall fortgeführt werden dürfte. Die Funktionäre, die durch die Verbitterung der Kollegen drungen einen schweren Stand haben, mühten dringend ihre Stimme erheben, damit auf dem bisherigen Wege nicht weitergegangen werde. Wir wollen gemeinsam alles für unsere Organisation tun, verlangen aber von den uns übergeordneten Instanzen mehr Mädenstärkung. Zu Punkt 2: „Verbands-, Gau- und Lehrlingsangelegenheiten“, gab Kollege Re i n e r eine Auffassung über die Bewegungstatistik und die Kassenverhältnisse unseres Verbandes sowie über die Hinaushebung des fälligen Verbandstages in die erste Hälfte des Jahres 1933. In betref des Verbandstages wurde von den Konferenzteilnehmern der Wunsch

geäußert, daß der Verbandstag nicht in Stuttgart, sondern der Kosten wegen an einem zentral gelegenen Ort abgehalten werde und nach Möglichkeit versucht wird, an allen Ausgaben zu sparen. Da laut Gaukartausch der Gau des Oberrheins vor dem Verbandstag stattgefunden hat, beschloß die Konferenz die Verlegung des Gauartausch bis 1933. Tag und Ort sollen in einer späteren Zusammenkunft festgelegt werden. Vom Gauleitungsführer Hermann Wolf (Stettin) wurden noch Angaben über den Beschäftigungsstand usw. gemacht und verschiedene Wünsche seinerseits vorgetragen. Alsdann gab Kollege Reinecke einen Tätigkeitsbericht des Gauvorstandes über das abgelaufene Jahr. In Unterführungen wurde im Vorjahr aus Gaumitteln die Summe von 45 686,90 M. ausgegeben. Die einzelnen Posten seien folgendermaßen zusammengefaßt: Unterführung an nichtbezugsberechtigten und ausgesetzte Reisende 6659,90 M., Zuschüsse an die Ortsstellen zur Unterführung ausgesetzter und nichtbezugsberechtigter Reisender 2331 M., Unterführung an ausgesetzte Arbeitslose am Ort und an gemargretete Kollegen 4103,50 M., Unterführung an ausgesetzte Kollegen zum Johannisfest 8010 M., Feuerungsbeihilfe 3520 M., Unterführung an Invaliden, Konditionalsoldaten und Kranke zum Weihnachtsfest 14 447,50 M., außerordentliche Unterführung in besonderen Notfällen 6515 M. Um den in der Verbands- und Kraftfahrungsunterführung gänzlich Ausgesetzten eine kleine Freude zu bereiten, beschloß die Konferenz, ihnen zu Pfingsten die gleiche Extraintervention wie im Februar 1932 zu gewähren. Aber die Unterführungsfragen entspann sich eine lebhafteste Debatte, und allseitig wurde anerkannt, daß der Gau vor allem für die arbeitslosen Kollegen Bedeutendes geleistet hat. Auf dem Gebiet der Extraintervention wird aber oft von einzelnen Kollegen Unmögliches verlangt, darum wurde beschlossen, daß alle Gesuche um Extraintervention erst dann vom Gauvorstand berücksichtigt werden dürfen, wenn sie vorher vom Orts- und Bezirksvorstand befürwortet sind. Die Tätigkeit des Gauvorstandes im vorigen Jahr wurde von allen Konferenzteilnehmern gutgeheißen und anerkannt. Nachdem unter „Beschließendem“ noch viele Anregungen und Mitteilungen gegeben sowie auf Anfragen Auskünfte erteilt worden waren, stellte Kollege Reinecke am Schluß der Tagung fest, daß die Aussprache eine rege und notwendige war. Mit dem Wunsch, daß jeder treu auf seinem Posten bleibe und im Dienst der Organisation weiterwirken möge, schloß er die in bester Kollegialität verlaufene Konferenz.

Stuttgart. Am 24. April berichtigte Kollege Schröder über die Manteltarifverhandlungen in einer Ortsvertreterkonferenz, die aus allen größeren Druckern Württembergs besteht. 62 Kollegen und der gesamte Gauvorstand waren anwesend. Aus der Berichterstattung war zu ersehen, daß die juristische Tarifkapazität und Rechtsanwältin C. Claren (Köln) mit seiner ungetriebenen Sachkenntnis der ganzen Manteltarifverhandlung ihren Stempel aufdrückte. Es war bereits von Anfang bis Ende. Daß ein Prinzipalvertragsverhältnis, jeder Gehälter koste 10 000 M. in der Ausbildungszeit, ist mit Beweis, warum es den Lehrlingskassenauswärtigen so miserabel geht. Wunden muß man sich nur dabei, daß bei solchem Mantelgehälter durch Ausnahmeerträge von Überzahlungsmaßnahmen nicht zu knapp Gebrauch gemacht wird. Im Gegenteil. Diejenigen, die keine 10 000 M. opfern wollen, werden mit 100 M. Buße belegt. Um nun diesen Opferern zu behelfen, sollen die Lehrlingsgehälter herabgesetzt, den Gehältern die Urlaubsbezahlung im „Mojahr 1932“ um 30 Proz. beschnitten, die tägliche Arbeitszeitpaune in der Frühe und am späten Nachmittag um je eine Stunde verlängert, die Überzahlungsbeiträge vermindert werden usw. Alles durch „formalrechtlich“ ergangenen Schiedsspruch. Die Prinzipalvertragsform, die wir lehnten ab. In der Aussprache, an der sich die Kollegen Conradt (Mottweil), Wurzler (Göppingen), Kohlschütter und Vorhänger Klein (Stuttgart), Glasbrenner (Ulm), Bödlich (Lüdingen), Mauer (Zoffingen), Gutekunst (Gillingen), Junginger (Kirchheim), Gau (Juffenhäuser), Heinrich (Heilbronn) beteiligten, kam die Empörung, die durch die Reichen der Gewerkschaft geht, in schärfster, jedoch äußerst sachlicher Form zum Ausdruck. Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: Nach dem Schlußwort des Berichterstatters: „Eine von 62 Vertretern der verschiedenen Druckereien im Gau Württemberg besuchte Konferenz nahm Stellung zu dem gefällten Schiedsspruch über den Manteltarif im Buchdruckgewerbe. Wenn das Reichsarbeitsministerium den Gehältern und Lehrlingen solche Verschlechterungen zumuten will, mag es die Verantwortung eines Zwangsartikels auf sich nehmen. Wir Vertreter lehnen diesen Manteltarif ab.“ Die Taktik und Haltung, die der Verbandsvorstand und die Gewerkschaften bei dieser Verhandlung eingenommen haben, fanden die volle Billigung der Ortsvertreter, die auch jeden weiteren Schritt, der unternommen wird, mit vollstem Verständnis der gegenwärtigen tarifpolitischen Lage verfolgen werden. Jede Maßnahme, die notwendig wird, um Verschlechterungen abzuwehren, findet im Gau Württemberg Unterstützung. Dies ist, kurz gefaßt, das Ergebnis der beinahe sechsständigen Konferenz. Zum Punkt „Beschließendes“ berichteten Kollege Klein und Gauleiter Kutz, letzterer über den Stand der Gau- und Verbandskasse usw. Eine Anregung, den Gauartausch nach dem Verbandstag abzuhalten, fand Zustimmung. In der Aussprache wurde gewünscht, um ausgesetzte Arbeitslose in Kontrolle zu behalten, einen Beitrag von 5 Pf. pro Woche von diesen zu erheben. Kollege Klein regte an, die Bezirksjährversammlungen ausfallen zu lassen. Auch hier erfolgte Zustimmung. In Stuttgart werden die Lehrlingsgehälter aus Anlaß des Schuljahres nicht gesenkt. „Was 30 Jahre ging, geht auch heute noch“, führte bei den bezugsberechtigten Verhandlungen der Prinzipalvorsitzende aus. Mitunter gibt es noch weisse Raben. An der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt beteiligten sich die Kollegen Hirschburger (Reutlingen), Conradt (Mottweil), Wolf (Stuttgart) und Heinrich (Heilbronn) neben den beiden Berichterstattern. Auch die Kündigung des Lohnartikels fand das rege Interesse der Konferenz. Hier werden die erzielten „Erfolge“ des bisherigen Lohnabbaues mit und ohne Notverordnung von selbst Halt gebieten in der bisherigen Abbaupolitik. Was die Arbeiter

von vornherein befürchtet und vorausgesehen haben, ist eingetroffen: Die Kaufkraft sinkt, das Geld steigt. Die „nationalen“ Kreise lassen ihre ins Ausland verflochtenen Gelder brachliegen und opfern Heimat und Vaterland zum höheren Ruhm eines unfähigen, würdlosen kapitalistischen „Systems“, wählen Hülfe, lächerlich Feil und lassen das arbeitende, werterhaltende Volk darben und verelenden. Wann kommt die diesem Unfug steuernde erlösende Zeit? — Am 28. April berichtigte wiederum Kollege Schröder in einer überfüllten Versammlung über das gleiche Thema. Diesem voraus gingen Vereinsmitteilungen. Am 8. Mai findet eine 50jährige Jubilärfahrt von 13 Kollegen statt. Der Vorschlag, das Johannisfest ausfallen zu lassen, wurde angenommen. Eine Aufforderung, am 1. Mai sich zahlreich an der Maifeier zu beteiligen, löste eine Entschliessung des Kollegen Gröb mit folgendem angenehmem Wortlaut aus: „Die Mitgliederversammlung der Buchdrucker erhebt Protest gegen die ungeheuerliche Tatsache, daß dem Proletariat das seit Jahrzehnten geführte Demonstrationsrecht am 1. Mai durch die Regierung streitig gemacht wird. Die Versammlung fordert gerade im Hinblick auf die wachsenden faschistischen Antriebe und die neuerlichen Angriffe gegen den Lebensstandard der Arbeiterklasse sofortige Aufhebung des Demonstrationsverbots.“ Der folgende Bericht über den Manteltarif und den Schiedsspruch dazu erregte die Gemüter in härtester Weise. Dazu trug auch ein Kollege bei, der nach den beiden erlösenden schiedsrichterlichen Rednern ins politische Fahrwasser geriet und der Versammlung die weltbewegende Tatsache mitteilte, daß er aus der SPD, zur KPD, hinübergewechselt sei. Und um diese „reife“ Tat mit dem nötigen Theaterdramen auszustatten, verurteilte der neugewonnene KPD-„Buddha“ alles und jedes, was er jeitlich als SPD-Mitglied und früherer Angestellter in der SPD, als zu Recht bestehend befürwortet hatte. Die Entschliessung brachte er gleich fertig mit. Was diesen an Quantität abgab, ersetzte die Quantität. Er wollte die Angelegenheit aufs Minimum setzen, wollte Streikaktionen wählen, wollte die Mitteilungen als Sprachrohr der SPD, erklären und deshalb verbieten. Alle seine fünf eingebrachten Entschliessungen gegen Ablehnung en bloc bei der Abstimmung gegen wenige Stimmen. Der eigene Vater, ein Kollege, verurteilte sein Haupt und verließ die Versammlung, als er die „Weisheit“ seines Sprößlings klar wie die Tinte von dessen Lippen fließen sah und hörte. Trotz der Empörung und Schlußrufe brachte der „gegenwärtigen“ Partei Bärenblut leistende Eisener abgelagerten Bescheid zu Gehör. In ihm wird auch die KPD, keinen Zuwachs von Dauer geangelt haben. Sein Weg geht nach rechts. Heil! Man mußte die Gebude der gesunkenen Gewerkschaftler demütern, die diesem Kollegen Sprüche erlaubten, von denen er selber nichts versteht. Nach der Lehrsatz wurde er angepöbelte, bis sich seine Unfähigkeit erwies und er ausgeschied. Mit kurzem Gastspiel im Beruf nahm er die Einrichtungen der von ihm in Grund und Boden verdamnten Gewerkschaften in Anspruch. Dafür mag er nun den Gauangehörigen den Vorwurf, sie führten ein idyllisches Dasein und haufte Erbes und Erlaubtes zu Kapitalverbrechen an der Arbeiterklasse auf. „Mollat hoch solche Elemente die Konsejquenz zickelt bei der KPD, winkt: Bonzenposten für Demagogen solcher Art. Damit Schluß mit diesem Zeitgenossen im heutigen und allen späteren Berichten.“ (Der Schriftführer.) Der folgende Redner brachte die Aussprache auf sachliche Höhe. Er sprach zu einer vom Kollegen Wüst eingebrachten Entschliessung und begründete sie. Seine Frage war, was soll nun geschehen? Seine Antwort, wenn der Verbandsvorstand zum Kampf ruft, kämpfen wir. Auch die beiden folgenden Redner führten die Aussprache wieder auf benachteiligte Höhe. Kollege Klein nahm sich den oben erwähnten Kollegen vor, dessen Ausführungen als ein Stück Charakterlosigkeit bezeichnet. Der folgende Redner, ein „heimlicher“ KPD-Mitglied, machte den „Kopf“ fett. Ihm liegt die politische Schreibweise des „Korr.“ im Magen. Ein Schlußantrag fand nach Prüf und Wider Annahme. Bei der Abstimmung über die Entschliessung Wüst, gegen die der Vorsitzende einwandelte, daß bei ihrer Annahme die Folge der Streit sei, fand diese gegen wenige Stimmen Annahme. Sie lautet: „Die am 26. April stattfindende Mitgliederversammlung der Buchdrucker Groß-Stuttgarts lehnt den Schiedsspruch über den Manteltarif mit seinen erneuten rigorosen Abbaumaßnahmen ebenso einmütig ab, wie die Ortsvertreterkonferenz des Gau Württemberg und der Verbandsvorstand. Die Kollegen sind der Auffassung, daß es bei der formalen Ablehnung des Schiedsspruchs nicht bleiben kann und darf, sondern sie fordern vom Verbandsvorstand schnellste Mobilisierung der Mitgliedschaft zum Kampf gegen die geplanten Abbaumaßnahmen und für Einführung der Bierzeitstundenwoche bei vollem Lohnausgleich.“ Aus dem Verlauf der beiden Versammlungen ist zu ersehen, daß es einen Punkt, an dem ein „Halt“ geboten werden muß, auch für die Regierung und ihre Schlichtungsinstanzen gibt. Wenn man die neuerlichen Ausführungen des Reichsarbeitsministers Stewerwald in Erzur prüft, sehen wir schon wieder neue Laufen winteln. Seht will man die bankrotte Invalidenversicherung den Arbeitern überantworten und die Unternehmung von der elementarsten Pflicht entbinden. Das Auskühlen der guten Zeiten überläßt man letzteren, die Bürde der schlechten den ersteren. Das ist kapitalistische Wirtschaftsführung.

Allgemeine Rundschau

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Koburg befinden der Dunderkollege Willi Baudler aus Koburg und der Seherkollege Alfred Schulz aus Dessau die Meisterprüfung.

Ein bemerkenswertes Urteil über die Presse des Buchdruckerverbandes. Die Mitteldeutsche Rundfunk-AG. ließ kürzlich im Rahmen ihrer Parodie „Wid in Zeitschriften“ durch Herrn Dr. Fritz Heller, Dozent an der Leipziger Volkshochschule, Gewerkschaftszeitungen besprechen. Dabei führte der Genannte u. a. aus: „Sehr interessant sind die Zeitschriften, die der Verband der Deutschen Buchdrucker herausgibt. Zu ihnen gehört in erster Linie der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, der im nächsten Jahr sein hiebzehnjähriges

Jubiläum feiert. Diese Zeitschrift ist eine Fundgrube für die Geschichte des gewerkschaftlichen Kampfes und ein reicher Quell der Information über das rege organisatorische Leben der so traditionsreichen und bedeutenden Buchdrucker-Gewerkschaft. Das Erfragen jedes Nichtinformierten muß aber erregen die Vielheit der Zeitschriften, die der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker zur beruflichen Fortbildung seiner Mitglieder herausgibt. Sie zeugt von einem hohen Grad geistiger Reife und edelster handwerklicher Tradition, die ihrgleiches jüden. Wir raten jedem Fachmann, aber auch jedem Nichtfachmann, sich durch eigenen Augenblick von der Wichtigkeit unsrer Feststellungen zu überzeugen. Der Buchdruckerverband kann auf seine Zeitschriften wirklich stolz sein — das lagen wir um so lieber, als Leipzig, von wo es uns schreiben, eine alte Stadt des Buchdruckerwesens ist!“ Diese gewiß günstige Beurteilung unsrer Zeitschriften durch einen uns fernstehenden Gelehrten registrieren wir hauptsächlich deshalb, um unsre Verbandskollegen in ihrem eigenen Interesse auf den Wert des aufmerksamen Studiums unsrer gewerkschaftlichen und fachgedienstlichen Presseorgane erneut hinzuweisen.

Frauenverbände Berliner Buchdrucker. Der Verein von Berliner Buchdruckern zur gegenseitigen Unterstützung bei Frauenverheiraten, kurz Frauenverbände genannt, hielt am 29. April seine jährliche Generalversammlung ab. Die Frauenverbände hatte 1931 am Jahresabschluss 4284 Mitglieder. Im Jahre 1931 sind 57 Ehefrauen bzw. Witwen verstorben, für die je 300 M. Sterbegeld gezahlt wurden. Die erforderliche Summe wurde durch neun Umlagen aufgebracht. Es werden bei jeder Umlage von Invaliden und Witwen über 60 Jahre 25 Pf. und von den übrigen Mitgliedern 50 Pf. erhoben. Der Jahresbeitrag betrug somit 2,25 M. bzw. 4,50 M. Es kann den Berliner Kollegen, soweit sie der Rasse nicht bereits angehören, immer wieder empfohlen werden, die Mitgliedschaft bei dieser Rasse zu erwerben. Wie aus vorstehenden kurzen Angaben ersichtlich ist, sind Beiträge und Leistungen der Frauenverbände außerordentlich günstig.

Polnische Terrorpolitik. Die groben Ausschreitungen, die im Oktober 1930 von polnischen Studenten gegen die deutschen Buchhandlungen und Zeitungen Polens verübt wurden, haben jetzt endlich ihr Nachspiel vor dem Posener Bezirksgericht. Damals wurden, nachdem zuerst Flugzettel verteilt worden waren, in denen gegen die deutsche Bevölkerung gehetzt wurde, zunächst die Zeitungsstände und Kioske gestürmt, die deutschen Zeitungen und Zeitschriften herausgerissen, auf die Straße geworfen und vernichtet. Darauf entlud sich der Patriotismus dieser Helven weiter in der Zerstörung der großen Schaufensterfenster der Evangelischen Vereinsbuchhandlung sowie der Reichsbildungsbücher. Hier wurden die in der Auslage befindlichen Bücher, Karten usw. ebenfalls auf die Straße geworfen und vernichtet oder gestohlen. Im Below-Knochen der Augen wurden 155 Fensterhebel durch Steinwürfe zerschmettert; weiter wurden die Schilder der Genossenschaftsbank Raiffeisenhaus, ein Glasbild des Evangelischen Vereinshauses, die Aushängeläden des „Polener Tagesblattes“ sowie eine Fensterhebel im Deutschen Genossenschaftsbank zerschmettert. Der Schaden allein in der Reichsbildungsbücherhandlung beträgt 5600 Zloty, über dessen Ertrag der „Prozess“ gegen die Stadt noch läuft, ähnliche Summen hat die Stadt Posen auf Grund des Titulatschadengesetzes an die deutsche Lehnstadt und die Evangelische Vereinsbuchhandlung bereits zahlen müssen. Wegen dieser brutalen Terrorakte hatten sich jetzt 19 Studenten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Sie wurden nach kurzer Verhandlung freigesprochen. Es wurde ihnen vom Gericht ausdrücklich befohlen, daß sie nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht gehabt hätten, gegen übergriffe, die auf deutscher Seite gegen Polen verübt würden, zu demonstrieren. Ein Freibrief für weitere Helventaten.

Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene. An Stelle ihrer Jahreshauptversammlung, deren Durchführung in diesem Jahr nicht möglich erscheint, veranstaltete die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene am 12. Mai in Berlin eine außerordentliche Tagung mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerbehygiene.“ Vom Standpunkt der Arbeitschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht behandelt den Stoff Ministerialrat Dr. Ing. Klebe von Bayerischen Sozialministerium, um Arbeitsverstandpunkt Dr. W. von Bonin von den Siemens-Werken, für die Arbeitnehmer G. Haupt vom Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover und unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten der Münchener Nationalökonom Geheimrat Professor Dr. v. Zweidiner (Gießenhof). Die Verhandlungen der Tagung sind öffentlich.

Stand des Lebenshaltungsgeldes. Im Monat April hat der Lebenshaltungsgeldindex eine weitere Senkung auf 121,7 Proz. erfahren. Das Statistische Reichsamt gibt über die Entwicklung des Index im April 1932 folgende Übersicht: Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats April 1932 auf 121,7, gegenüber 122,1 im Vormonat; der Rückgang beträgt somit 0,6 Proz. An dem Rückgang sind sämtliche Bedarfsgruppen beteiligt. Es sind zurückgegangen die Indexziffern für Ernährung um 0,9 Proz. auf 113,4, für Wohnung um 0,1 Proz. auf 121,4, für Heizung und Beleuchtung um 0,5 Proz. auf 135,9, für Bekleidung um 0,7 Proz. auf 118,3 und für „sonstiger Bedarf“ um 0,1 Proz. auf 108,6.

Die Weltwirtschaftskrise, ein Übergangsstadium. Der frühere amerikanische Staatsmann und jetzige Volkshäcker in London, Mellon, hat anlässlich einer Veranstaltung der englisch-amerikanischen Pilgrims-Gesellschaft eine Rede gehalten, worin er sich über die Krise in folgender Weise ausspricht: „Die Welt befindet sich in einem jener von Zeit zu Zeit eintretenden Übergangsstadien, die weitreichende Neuordnungen nicht nur im Wirtschaftsleben, sondern auch im gesellschaftlichen Gefüge nach sich ziehen. Man kann die gegenwärtige Krise als den Preis bezeichnen, den für den Krieg gezahlt wird. Man weiß jetzt, daß die Umkehr der wirtschaftlichen Lage eines Landes auch die andern mit der Zeit in Mitleidenschaft zieht und daß keine einzige Nation sich der Hoffnung hingeben kann, bei der engen Verflechtung der Weltwirtschaft der Verschlechterung der allgemeinen Lage zu entgehen. Es gibt keine Heilmittel für die Welt, an denen die Welt jetzt leidet. Zweifellos hat die Entwick-

